

Stoppt den Staatsterrorismus!

Für eine Kultur des Friedens im Nahen Osten!

In den letzten Wochen mussten wir eine Eskalation des Nahost-Konfliktes beobachten:

Anfang Juli marschierten israelische Truppen auf Befehl der Regierung von Ehud Olmert in den Gaza-Streifen.

Eingesetzt wurden Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Panzer, Bulldozer. Angeblich, um den „entführten“ Soldaten Gilad Shalit zu befreien. Der israelische Unteroffizier wurde am 25. Juni 2006 bei einer Guerillaaktion am Militärposten Kerem Shalom gefangen genommen. Als Vergeltung wurden palästinensische Abgeordnete, Minister und Verwaltungsbeamte in Ramallah und anderen Orten der Westbank durch die Besatzungstruppen inhaftiert. Wohlgermerkt nicht als „Kriegsgefangene“, sondern als „Terroristen“.

Nachträglich wurde auch der Beschuss jüdischer Siedlungen wie Sderot und Ashkalon mit Qassam-Raketen als Kriegsgrund hinzugefügt.

Angedroht wird eine extreme Anwendung aller zur Verfügung stehenden Mittel.

Was heißt das, wenn Israel der einzige Atomwaffenstaat im Nahen Osten ist? Heißen massive Maßnahmen „gezielte Tötungen“ und „house demolitions“?!

Zynischer Titel der Operation ist übrigens „Sommerregen“. Das, was man hierzulande in schwülen Tagen als Erfrischung begrüßen möchte, bedeutet im verwüsteten Palästina: Bomben- und Granatenhagel.

Die israelische Armee zerstörte bisher große Teile der Verwaltung und der Infrastruktur inklusive der Strom- und Wasserversorgung, worunter vor allem die Zivilbevölkerung – und nicht etwa islamistische Funktionäre – zu leiden hat. Denn ohne funktionierende Kühlhäuser können frische Lebensmittel nicht erhalten werden; ohne sauberes Wasser können die Menschen nicht leben. Die betroffenen Palästinenser können nicht ihrer Arbeit nachgehen, sind in ihrer Mobilität eingeschränkt.

So verschärft sich die dramatische Situation weiterhin, die spätestens seit dem Einfrieren der finanziellen Unterstützung durch die EU wegen der Wahl der Hamas-Regierung forciert wurde.

60 bis 80 Prozent Arbeitslosigkeit, Ausbleiben der Gehälter von Mitarbeitern der Palästinensischen Autonomiebehörden (was Korruption und Kriminalität begünstigt), Unterversorgung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln – eine Hungerkatastrophe droht.

Maßgeblich verursacht durch den Wirtschaftsboykott der vermeintlich humanistisch gesinnten EU.

Auch das gewalttätige Herbeiführen einer Krise ist Terrorismus. Die Bevölkerung mit Bombardements und Überfällen zu bedrohen, ist Terrorismus. Den Menschen ihre unveräußerlichen Menschenrechte zu verweigern, ist Terrorismus.

Die offizielle Position Israels (sowie der USA und der EU) lautet, dass man nicht Terroristen unterstützen dürfe. Terroristen könnten keine Gesprächspartner, also: Politiker werden, sagen Regierungsvertreter und Militärs, die teilweise selber Wurzeln im Terrorismus haben. Vergleiche die Biographie von Ariel Sharon, der Bombenattentate im Libanon verübte.

Abgesehen davon hat die Geschichte immer wieder gezeigt, dass Konflikte nur gelöst werden konnten, wenn ehemalige Terroristen sich von der Gewalt verabschiedeten und eine politische Einigung mit dem Gegner anstrebten (z.B. Nord-Irland).

Dazu müssen alle beteiligten Konfliktparteien kompromissbereit sein und dürfen sich nicht dem Opfer-Mythos ergeben, wenn sie sich also ausschließlich als Leidtragende und nicht als Mitverantwortliche betrachten und einen gefährlichen Märtyrerkult pflegen. Nur so kann die Eskalationsdynamik durchbrochen werden.

Auch wenn das Ergebnis auf Missfallen stößt, die Hamas ist demokratisch gewählt worden. Wenn man die Regierung vom Ministerpräsidenten Ismael Haniya isoliert und deren Position schwächt, wird sie mittel- oder langfristig keine Alternative zur Gewalt sehen, werden Ansätze zur gewaltfreien Kommunikation hinfällig, wie sie sich in einer faktischen Anerkennung des Staates Israel im Gespräch von Haniya mit Mahmoud Abbas äußerten, bevor die israelische Armee in den Gaza-Streifen einmarschierte.

Schon die einseitige Räumung dieses Gebietes vor 10 Monaten nahm der damaligen Fatah-Regierung die Möglichkeit, sich als relevanter Gesprächspartner ernst genommen fühlen und den Rückzug der Israelis auch als eigenen Erfolg interpretieren zu können.

Die permanente Bedrohung könnte der palästinensischen Bevölkerung die notwendige Sicht auf alternative Widerstandsformen wie direkte gewaltfreie Aktionen rauben und den virulenten Effekt zeitigen, dass man sich mit Hamas eher solidarisiert statt ihre Handlungsweise zu kritisieren.

Wer nur durch Gewalterfahrungen sozialisiert und traumatisiert wird, wird kaum begeisterungsfähig für Friedensideen sein.

Am 12. Juli 2006 wurde auch der Libanon angegriffen, weil die terroristischen Hizbollah-Milizen im Süden Raketen auf israelische Gemeinden abfeuerten und zwei israelische Soldaten gefangen nahmen. Der Flughafen von Beirut wurde mehrmals Ziel von Bombardements, so auch die Autobahn ins syrische Damaskus. Die israelische Marine errichtete eine Seeblockade. Zudem wurden Privathäuser beschossen, in denen Hizbollah-Funktionäre vermutet wurden. Eine hohe Zahl von Toten und Verletzten ist die Folge. Wer bezahlt den „angemessenen Preis“, den diese Aggression als Namen trägt?

Wie verhält sich die Weltöffentlichkeit?

Die Mainstream-Medien berichten über den Nahost-Konflikt, ohne dessen Ursachen und Zusammenhänge zu analysieren.

Erneut scheiterte eine Israelkritische Resolution des Weltsicherheitsrates am Veto der USA, weil ihr UN-Botschafter John Bolton die enthaltenen Aussagen als nicht ausgewogen und zu einseitig empfand. Einige europäische Regierungsvertreter bedauerten öffentlich, gleichwohl vorsichtig die Unverhältnismäßigkeit der israelischen Reaktionen. Niemand stellt aber die kriegerischen Akte als solche in Frage! Niemand bezeichnet den Krieg als das, was er ist: nämlich ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg! Niemand verurteilt die kollektive Geiselnahme einer ganzen Bevölkerungsgruppe in den Palästinensischen Autonomiegebieten und im Libanon!

Fragwürdig wäre auch, ob tatsächlich die „Entführung“ von Soldaten der eigentliche Anlass für die derzeitige Eskalation war. Vergessen wir nicht, dass Kriegspropaganda immer auf Lügen basiert, wobei keine Seite ausgenommen werden kann.

Der Staatsterror wird neuen Terror schüren; das Leid der Zivilbevölkerung wird der Nährboden für wachsenden Hass sein. Die Gewaltspirale wird weitergedreht.

In Israel selbst verstärken sich die Widersprüche zur Olmert-Administration und zum Militarismus in der Gesellschaft: Friedensinitiativen und antimilitaristische Gruppen wie Gush Shalom und New Profile unterstützen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, leisten Versöhnungsarbeit auf persönlicher wie politischer Ebene, kämpfen mit palästinensischen Aktivisten gegen den sog. Schutzzaun, der die Palästinensischen Autonomiegebiete in „riesige Freiluftknäste“ (Uri Avnery) verwandelt, fördern kulturellen Austausch und politische Bildung.

Was fordern wir?

- Wir fordern eine Abkehr von der Vergeltungsideologie! Wir wollen, dass nicht noch mehr Menschen Opfer der Eskalationsdynamik werden, gleichgültig, auf welcher Seite.
- Wir wollen, dass alle beteiligten Parteien die Gewaltspirale beenden und in einen politischen Dialog eintreten, der das Existenzrecht der Israelis ebenso garantiert wie das der Palästinenser. Nur durch Respekt und Verständnis der jeweiligen Lebenssituation des Anderen kann wirkliche Gerechtigkeit entstehen, nicht durch das archaische Prinzip der Rache.

Wir wenden uns grundsätzlich gegen Ausbeutung, Sklaverei, Unterdrückung, Krieg, Militarismus, Folter, Mord, Faschismus, Rassismus, religiösen Fanatismus, Sexismus u.ä.

Wir fordern Bildung, Gesundheit und Nahrung für alle, sozial und ökologisch gesicherte Lebensbedingungen, Frieden und Freiheit statt Kapitalismus, Emanzipation von den Herrschaftsstrukturen, soziale Innovationen – von Euch und uns selbst.

Für eine Kultur des Friedens! Für eine Erweiterung des politischen Bewusstseins! Für Aufklärung und Vernunft! Für transnationale Solidarität!

Weitere Infos:

www.gush-shalom.org

www.newprofile.org

www.combatantsforpeace.org

www.breakingthesilence.org.il

www.uri-avnery.de